

# Region soll diesmal geschlossen auftreten

**Terminal Nord** Damit der Bund mitfinanziert, muss man sich in der Region Basel einig sein

VON DANIEL HALLER

Mit dieser Antwort des Bundesrats ist Elisabeth Schneider-Schneiter nicht zufrieden: Die Baselbieter CVP-Nationalrätin wollte von der Regierung wissen, wie sie zum geplanten Terminal Nord in Basel und vor allem zu dessen Finanzierung steht. Dieser neue «trimodale» Terminal – Bahn, Schiff, Strasse – soll künftig als Hafenbecken 3 in Kleinhüningen hinter der Autobahn den Umschlag der Container von den Rheinschiffen auf Land-Transportmittel sicherstellen.

«Positiv ist zwar, dass der Bundesrat anerkennt, dass man handeln muss», differenziert Schneider. Da die Seehäfen Rotterdam und Antwerpen ihre Kapazitäten massiv ausbauen,

**«Geplant ist ein deutliches Signal aus der Region, dass der Terminal Basel Nord für die gesamte Schweiz strategisch relevant ist.»**

Martin Dätwyler,  
Handelskammer beider Basel

en, erwartet man, dass Bahn und Strasse den zusätzlichen Containerverkehr nicht bewältigen können. Einzig die Binnenschifffahrt hat Kapazitätsreserven – vorausgesetzt man beseitigt die Engpässe in den Häfen. Dafür sind auch «aus der Sicht des Bundesrates Investitionen in Umschlagsanlagen des kombinierten Verkehrs Binnenschiff/Schiene im Raum Basel erforderlich», schreibt dieser. «Zu wenig Fleisch am Knochen», findet Schneider dagegen an den Aussagen zu den Finanzen. «Der Bundesrat anerkennt das Problem, macht aber keine Lösungsvorschläge und sagt nichts über Finanzierungsmodelle.»

## Gesuch an Bund erst in Arbeit

Dem Bundesrat liegt allerdings auch noch kein Subventionsgesuch vor. Dieses werden die Schweizerischen Rheinhäfen gemeinsam mit den SBB 2013 einreichen. Für das auf 140 bis 160 Millionen veranschlagte Projekt sei eine Mischfinanzierung zwischen Bund, Rheinhäfen und Kanton vorgesehen, berichtet Martin Dätwyler, Geschäftsführer Wirtschaftspolitik der Handelskammer beider Basel (HKBB) und Vorsitzender des Ausschusses Logistikcluster Regi-



Der geplante Container-Terminal Nord (links) liegt zwar auf Basel-Städter Boden, soll aber in Zukunft einen grossen Teil des Containerverkehrs für die ganze Schweiz aufnehmen.

on Basel. Parallel dazu erarbeitet eine Arbeitsgruppe unter der Federführung der HKBB eine Botschaft, die die Metropolitankonferenz in Bern einreichen wird.

«Geplant ist die Botschaft als deutliches Signal aus der Region, dass der Terminal Basel Nord für die gesamte Schweiz strategisch relevant ist», betont Dätwyler. Schliesslich soll das

Projekt als Teil der künftigen Terminal-Landschaft im Gesamt-Güterverkehrskonzept des Bundes Aufnahme finden.

## Aus bitterer Erfahrung gelernt

«Dafür wollen wir die regionalen Reihen schliessen», berichtet Dätwyler. Dies ist nach den Erfahrungen mit der Motion von Claude Janiak

auch nötig: Der Baselbieter Ständerat hatte gefordert, dass der Bund die Hafen-Infrastruktur in gleicher Weise mitfinanziert wie die Schienen-Infrastruktur. Nachdem der Ständerat das Begehren einstimmig angenommen hatte, wurde es vor zwei Jahren im Nationalrat unter aktiver Mithilfe des Baselbieter SVP-Nationalrats Caspar Baader versenkt.

Daraus hat man offenbar gelernt: Die Interpellation Schneider-Schneiter bindet regionale Nationalräte verschiedener Fraktionen als Mitunterzeichner ein, darunter Thomas de Courten (SVP, BL) und Sebastian Fehrer (SVP, BS).

«Auch die Wirtschaft unterstützt den Terminal Nord», betont Dätwyler; Migros, Coop und alle nationalen Logistikverbände stehen dahinter. Dass Bundesrätin Doris Leuthard eine Mitfinanzierung durch den Bund bisher ablehnt, beunruhigt ihn nicht: «Ihre Rolle ist es, nirgendwo falsche Hoffnungen zu schüren, bis klar ist, welche Projekte strategisch wichtig sind und deshalb unterstützt werden müssen.»

## FINANZIERUNG: AUCH BASELBIET BAUT AUS

Derzeit ist noch nicht diskutiert, ob auch der **Kanton Baselland als Miteigentümer** der Rheinhäfen sich an der Finanzierung des Projekts **Terminal Nord beteiligen** soll. «Der Kanton Baselland steht dazu, dass dieser Terminal wichtig ist», erklärt Volkswirtschaftsdirektor **Peter Zwick**.

«Würde er nicht gebaut, müsste man die Contai-

ner rheinabwärts in französischen oder deutschen Häfen umladen und sie kämen per Lastwagen in die Schweiz.» Bei der Finanzierung müsse man beachten, dass **in Basel-Stadt** mit dem Bau des neuen Hafenbeckens **Flächen für das geplante neue Quartier am Rhein** frei werden. «Basel kann daraus resultierende Gewinne für das Projekt verwenden.»

Zudem müsse man berücksichtigen, dass auch der Kanton **Baselland** die Infrastruktur der auf seinem Gebiet liegenden Hafenteile – **Birsfelden und Auhafen** – ausbaut und weiter entwickelt. «Eine allfällige finanzielle **Beteiligung des Kantons Baselland** müsste man also **in diesem Gesamt-Zusammenhang diskutieren**», meint Zwick. (DH)

## Kanton diskutiert Spartipps mit bz-Lesern

**Dialog** Direkte Demokratie einmal anders: Die Baselbieter Regierung diskutierte direkt Spar-Vorschläge mit der Bevölkerung. Diese waren – unter anderem durch einen bz-Aufruf – zu Dutzenden beim Kanton eingegangen. Deswegen veranstaltete die Regierung kürzlich eine Dialogrunde mit den Tippgebern. Anwesend waren Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro sowie Vertreter aller Direktionen. Sie sollten den Gästen detailliert Auskunft geben.

Die Sparvorschläge wurden zum Teil direkt der Regierung zugesandt, stammen aber auch zahlreich aus einer Aktion der bz. Unsere Zeitung rief im Juni nach Ablehnung des Entlastungspaketes ihre Leser dazu auf, Spartipps einzusenden. Dabei kam einiges zusammen. Von tiefen Beamtenlöhnen über einen «weniger luxuriösen» Ausbau der Rheinstrasse bis hin zu einer Zusammenarbeit mit Basel-Stadt. Die Regierung bedankt sich in einer Mitteilung für die Vorschläge und betont, wie wichtig engagierte Bürger für den Kanton seien.

## Alle Tippgeber eingeladen

Dass trotz des grossen Interesses der Bevölkerung nur fünf Gäste zugegen waren, habe laut Finanzverwalter Roger Wenk einfache Gründe: «Sämtliche Personen, die sich beim Kanton oder über die bz eingebracht haben, wurden so weit möglich eruiert, angeschrieben und eingeladen.» Diese fünf hätten sich angemeldet. Beim Aufsuchen der Teilnehmer ist jedoch offensichtlich etwas schiefgelaufen: Mehrere durch die bz kontaktierte Lesertippgeber hatten nie eine solche Einladung erhalten. Beim Kanton war für eine Stellungnahme gestern niemand erreichbar.

## Kalter Kaffee und Brauchbares

Ob die Regierung die Vorschläge auch berücksichtigt, ist eine andere Frage. «Die meisten Vorschläge betrafen Massnahmen, die immer wieder genannt werden und bereits geprüft wurden», sagt Finanzverwalter Roger Wenk. Es habe jedoch auch konstruktive Tipps gegeben. Einer werde bereits mit einem Sparziel von drei Millionen Franken umgesetzt. Dabei geht es um direktionsübergreifende Massnahmen: Es soll die Anzahl externer Berater reduziert werden. Wenk spricht noch von zwei Vorschlägen, die weiter verfolgt würden. Den genauen Inhalt will er jedoch nicht verraten, da die Massnahmen vertraulich seien: «Auch Mitarbeitende und deren Wirkungsbereich sind betroffen.» (JK)

# Lehrer und Gewerkschaft geben nach den drei Nein nicht auf

**Bildungsinitiativen** Nach der deutlichen Abstimmungs-Abfuhr nehmen Lehrerverein und VPOD als Nächstes die integrative Schule ins Visier.

VON MICHAEL NITTAUS

Längst nicht alle Befürworter der abgeschmettern Bildungsinitiativen strahlten so, wie es Jürg Wiedemann vom Komitee «Gute Schule Baselland» sonntags tat (siehe bz von gestern). Dem Baselbieter Lehrerverein (LVB) und dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) ist nicht zum Jubeln zumute. «Jetzt wird es schwierig, im Bildungsbereich weitere Mehrausgaben zu fordern», sagt Heidi Mück vom VPOD. Und LVB-Präsident Christoph Straumann appelliert an die Eltern, «Verständnis zu haben, dass in Sachen Betreuungsqualität künftig nicht alle Wünsche erfüllt werden können.»

Beide betonen aber mit Nachdruck, dass sie nun keinesfalls resignieren würden. Stattdessen wollen sie neue Ansatzpunkte verfolgen, um die Belas-



Lehrer wollen mehr Zeit für individuelle Betreuung haben. BZ-ARCHIV/JUN

tung der Lehrer und die Betreuung der Schüler trotz dreifachem Nein zu verbessern. «Es ist jetzt nicht alles komplett blockiert», schätzt Mück die Lage ein. In den Fokus rückt dabei die integrative Schule. Bei der bevorstehenden Integration der Sonderpädagogik in die Regelklassen sehen LVB und VPOD Handlungsbedarf. «Wir fordern, dass die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion die Landrats-Vorlage

zur integrativen Schule nochmals verbessert», so Straumann.

## Einzelintegrationen problematisch

Während die Entlastung der Lehrer in Klassen mit drei oder mehr Sonderschülern dank zusätzlicher Lehrkräfte akzeptabel sei, sehe er den Schwachpunkt bei Einzelintegrationen. «Da wird der Klassenlehrer viel weniger unterstützt.» Straumann geht davon

aus, dass Einzelintegrationen die Regel sein werden. Mück warnt zudem, dass die Arbeit in einem solchen Lehrer-Team wiederum Zeit für Absprachen benötige. Dies berücksichtige die Vorlage jedoch nicht.

Auch das Komitee «Gute Schule Baselland» bleibt aktiv. «Wir sind bereits daran, Ideen zusammenzutragen», sagt Wiedemann. Spruchreif sei aber noch nichts. Gar nichts halten er wie auch Straumann von der Argumentation der Regierung, dass die Lehrer schon durch die mit Harnos einhergehende Kürzung der Lektionenlänge von 50 auf 45 Minuten (Primarstufe) oder die neue Klassenstunde (Sekundarstufe I) entlastet würden. «Wir wollen mehr Zeit für eine individuelle, gezielte Förderung der Schüler. Da nutzt eine Plenumstunde nichts, die zudem schon mit vorgegebenem Inhalt gefüllt ist», sagt Wiedemann. Und Straumann ergänzt: «Die 90 Minuten, die pro Woche wegen der kürzeren Lektionen frei werden, sind schon mehrfach verplant. Und trotzdem wird es immer wieder behandelt, als ob noch Platz wäre.»

## Auswirkungen Klassengrösse

Dieter Kaufmann vom Amt für Volksschulen präzisiert seine Aussagen (siehe bz von gestern), welche Auswirkungen das **Ja zum Gegen-vorschlag** hat. Zurzeit gebe es je acht bis zehn Schulklassen auf Primar- und Sekundarstufe mit mehr als 24 Schülern. Weil dies die neue Höchstgrenze ist, müssen **auf beiden Stufen wohl zwei neue Klassen** gebildet werden. Kaufmann schwebt vor, die Grenze bei den 1. Klassen einzuführen und nicht alle Betroffenen auf einen Schlag umzuverteilen. Die neuen Klassen lösen jährliche Kosten von knapp 600 000 Franken für den Kanton (Sek-Stufe) und insgesamt **500 000 Franken für die betroffenen Gemeinden** (Primarstufe) aus. Welche Gemeinden betroffen sein werden, kann Kaufmann erst im März sagen, wenn die Planung fürs neue Schuljahr abgeschlossen ist. Er empfiehlt gerade Schwächeren, verstärkt **Schulverbände** ins Auge zu fassen. (MN)